

Die Tiroler Landtagswahl 2008 und die standortpolitischen Folgen

Politische Analyse und Empfehlungen für Unternehmen

Peter Hajek, Walter Osztovcics, Klaus Weissmann, Andreas Kovar

Inhaltsverzeichnis

Ergebnisse der Landtagswahl	1
Analyse der Kampagnen	2
Politische Szenarien für Bund und Land	5
Ergebnisse für den Standort und Empfehlungen für Unternehmen	7

1. Ergebnisse der Landtagswahl

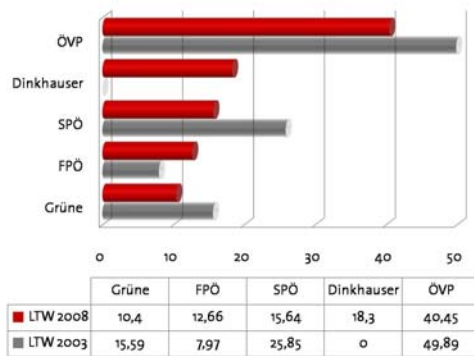
Beim Wahltermin waren sich die Parteien noch weitgehend einig: Mit den Stimmen der ÖVP (die den Beschluss dank absoluter Mehrheit auch allein fassen hätte können), der SPÖ und der Grünen beschloss der Tiroler Landtag am 20. März 2008, die Wahlen, die regulär im Herbst stattgefunden hätten, auf 8. Juni vorzuverlegen. Lediglich die FPÖ, die aus den Wahlen von 2003 als großer Verlierer mit nur zwei Abgeordneten hervorgegangen war, stimmte dagegen.

Die Vorverlegung wurde als Kampfansage gegen die schwelende Regierungskrise auf Bundesebene verstanden: Ende März standen in der Großen Koalition in Wien alle Anzeichen auf Crash, ein Bundeswahltermin im Herbst galt als wahrscheinlich. Dass im VP-dominierten Land Tirol die Landtagswahl vorgezogen wurde, um der Gefahr einer Kollision mit einem bundesweiten Urnengang auszuweichen – das wurde in Wiener politischen Kreisen als zusätzliches Indiz dafür gewertet, dass die ÖVP sich darauf vorbereitete, bald in Neuwahlen zu gehen.

Dabei rückte die Tatsache etwas in den Hintergrund, dass die Tiroler ein rein hausgemachtes Motiv für einen raschen Stimmengang hatten: Der populäre und populistische frühere AK-Chef Fritz Dinkhauser spielte schon seit Sommer 2007 in aller Medienöffentlichkeit mit dem Gedanken, selber mit einer Personenliste anzutreten. Weder ihm, noch den bundesweit im Aufwind befindlichen Freiheitlichen, wollten die etablierten Parteien allzu viel Zeit zum Aufbau ihres Wählerpotenzials geben.

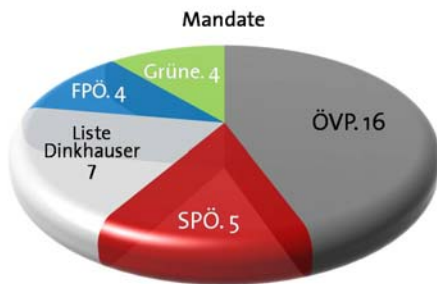
Die Befürchtungen erwiesen sich als berechtigt, das Kalkül mit der Vorverlegung ging nicht auf. Die ÖVP erlitt tatsächlich eine Niederlage in jenem Ausmaß, welches bereits Wochen vorher erwartet worden war: 40 Prozent hatten parteiintern als Schmerzgrenze für die anscheinend unvermeidlichen Verluste gegolten, ebenso ein Ergebnis, bei dem eine Regierungsbildung ohne ÖVP möglich wäre. Beide Katastrophen blieben zwar aus, doch verlor die ÖVP 9 Prozentpunkte bzw. 4 Mandate. Die Liste Dinkhauser erreichte auf Anhieb 18,3 Prozent und wurde damit etwas überraschend Zweiter.

Die SPÖ unter Hannes Gschwentner musste aber noch deutlichere Verluste hinnehmen. Die Tiroler Sozialdemokraten stürzten von 25,9 auf 15,6 Prozent ab, womit noch ein paar Wochen vor der Wahl nicht gerechnet werden konnte. Zwar wurden der SPÖ auch Verluste vorhergesagt, ein derart massiver Absturz bei den eigenen Kernwählern kam aber überraschend – und wurde auch prompt auf die Performance der Bundespartei zurückgeführt.



Dritter großer Verlierer dieser Wahl sind die Grünen unter Georg Willi. Die Grünen büßten rund ein Drittel ihrer Wählerstimmen ein. Ein nicht unwesentlicher Faktor dabei war das Ausscheren des „Transitrebellen Fritz Gurgiser, der auf der Liste Dinkhauser kandidierte.

Zu den Gewinnern der Wahl gehören neben Dinkhauser hingegen die Freiheitlichen unter Gerald Hauser. Die FPÖ konnte ihren Stimmenanteil von 8 auf 12,7 Prozent steigern. Dieser große Erfolg kam einigermaßen überraschend, war doch Tirol bis dato kein klassisches Kernwählerreservoir der Blauen. Zudem wurde erwartet, dass Fritz Dinkhauser die Freiheitlichen viele Proteststimmen kosten würde. Tatsächlich stellte sich heraus, dass Unmut und Denkwort-Gelüste ausreichten, um beiden Protestparteien reiche Stimmenzuwächse zu bringen.



2. Analyse der Kampagnen

Dass diese Landtagswahl in Tirol einen politischen Erdbeben auslösen und in der Folge ein Postenkarussell in Gang setzen könnte, das bis in die Bundesregierung

hinein wirkt, zeichnete sich bereits ab, als die lange angekündigte Kandidatur von ÖVP-Dissident Fritz Dinkhauser zur Gewissheit wurde. Die Kampagnen- und Themenplanungen der Parteien gingen angesichts des alles überdeckenden Duells zwischen Van Staa und Dinkhauser über weite Strecken unter.

Bereits die Frühjahrskampagne der Tiroler Volkspartei thematisierte, warum Tirol anders und vor allem besser unterwegs ist. Der Erfolg des Bundeslandes wurde von der ÖVP Tirol nicht, wie in anderen Bundesländern üblich, dem seit Jahren mit absoluter Mehrheit regierenden Landeshauptmann, sondern „dem eigenständigen Tiroler Weg“ zugeschrieben. Um Kritikern etwas entgegensetzen zu können, wurde von Beginn an auf Tiroler Tugenden und die Partei gesetzt. Alles drehte sich in der Kampagne um das Land und die Partei, nicht um Van Staa.

Neben dem „schönen Land“, das als Leitmotiv der Kampagne fungierte, wurde nach und nach die Koalitionsfrage in den Mittelpunkt der Aufmerksamkeit gerückt. Damit konnte man sich vor allem bei unentschlossenen Wählern als Stabilitätsfaktor in einer dynamischen Zeit ins Spiel bringen. Die Botschaft, die dabei transportiert werden sollte: Wenn die ÖVP abgewählt wird, droht anstelle klarer Mehrheitsverhältnisse eine wackelige Koalition aus mehreren gleich starken Parteien, die ständig Profilierungskämpfe austragen. Damit wollte die VP-Kampagne vor allem potenzielle Denkmittel-Wähler aus den eigenen Reihen umstimmen. Zugleich wurde aber der Machtanspruch der Tiroler Volkspartei für die Zeit nach dem als sicher geltenden Verlust der absoluten Mehrheit ausgesprochen: Ohne ÖVP sollte keine Regierung möglich sein.

Die Tiroler SPÖ erkannte früh im Wahlkampf die Gefahr, dass ihre Anhänger der Wahl fernbleiben würden. Die erste Phase der Kampagne wandte sich deshalb gegen die drohende Mobilisierungsschwäche. Die SPÖ rief alle Tirolerinnen und Tiroler auf, diesmal ihr demokratisches Recht zu nutzen und zur Wahl zu gehen. In einem Land, in dem die ÖVP seit 1945 unangefochten die Nummer eins ist, hatten es die Roten nie leicht. Gar nicht „flott“ und „laut“ genug konnte die SPÖ auf Konfrontationskurs zur ÖVP gehen, um nicht unterzugehen. Mit dem Slogan „Den Menschen dienen. Aber flott!“ versuchte man gezielt Aufsehen zu erregen und sich vom Wettbewerb abzugrenzen. Der salutierende Spitzenkandidat und Biker Hannes

Gschwentner setze auf zentrale sozialdemokratische Themen: Soziales, Arbeit und Einkommen, Kinderbetreuung – Themen, die zwar allgemein als wichtig eingestuft wurden, allerdings im schwarz-schwarzen Personenduell nur wenig Aufsehen erregten. Die SPÖ-Kampagne wirkte bemüht, aber altbekannt, keines der Themen schaffte es, die politische Agenda zu dominieren.

„Van Staa vergessen und Willi wählen“, plakatierten die Grünen. Ihr Slogan lautete: „Mit der grünen Kurve die Wende wählen“. Die Strategie war also, sich als Alternative zum regierenden Establishment zu präsentieren. Auch dieser Ansatz misslang: Die Rolle der pfeifigen Jungen, die frischen Wind ins Land bringen, wurde den Grünen nicht abgenommen (immerhin ist Spitzenkandidat Georg Willi seit 1994 Klubobmann seiner Fraktion und damit einer der längstgedienten Abgeordneten im Landtag) – und war auch gar nicht gefragt, da es in Gestalt des zornigen Rebellen Dinkhauser bereits ein viel schärfer profiliertes Identifikationsobjekt für reine Protestwähler gab. Mit ungewöhnlicher Schützenhilfe für die Konkurrenz-Partei KPÖ gelang es den Grünen gleich zu Beginn des Wahlkampfes aufzufallen. Eine Aufmerksamkeit, die sie mit ihrem Themenwahlkampf im weiteren Verlauf ihrer Kampagne nicht wieder erreichen konnten. Auch die grünen Appelle für einen „fairen Wahlkampf“ verhallten, je länger dieser dauerte. Alles in allem zu wenig Motive und konkrete Angebote für Wählergruppen, die sie bereits einmal ansprechen und mobilisieren konnten.

Der erfolgreiche Wahlkampf der FPÖ zeigte zudem, dass sich der Unmut in der Tiroler Bevölkerung aus ganz anderen Quellen speiste als jenen, auf die typisch grüne Politik eine Antwort gewesen wäre. Die Blauen, die aus einer weit abgeschlagenen Position gestartet waren, setzten – abgesehen von der tatkräftigen Unterstützung durch die Wiener Galionsfigur HC Strache – vor allem auf ihr zentrales, für die FPÖ seit zwanzig Jahren charakteristisches Thema, die Ausländerpolitik. Die Kampagne dazu präsentierte sich geradlinig, stimmig und relativ risikolos bis hin zur kalkulierten Provokation durch einen fragwürdigen Slogan. „Glockenklang statt Muezzingessang“ brachte das Leitmotiv der Freiheitlichen klar auf den Punkt, damit gelang auch die Positionierung entlang der Hauptkomponenten „Heimatpartei“ und „Partei des kleinen Mannes“. Die Polarisierung, die durch das bewusst aggressive Auftreten des Wiener Parteichefs Strache noch

unterstützt wurde, sorgte für eine ausreichende Präsenz, um in einem Wahlkampf nicht marginalisiert zu werden, der vor allem in der Endphase von den Medien stark als Duell Van Staa – Dinkhauser inszeniert wurde.

Der Wahlkampf des Polit-Phänomens Fritz Dinkhauser hatte naturgemäß als einziges Thema den Spitzenkandidaten selbst, genauer gesagt, die Themen, für die er seit vielen Jahren steht. Der ehemalige AK-Präsident (traditionell sind Vorarlberg und Tirol die einzigen Länder mit schwarzen AK-Präsidenten) hat sein Image als „Rebell, der den Mächtigen auf die Finger schaut“, buchstäblich über Jahrzehnte aufgebaut, trug bereits mit dem Vor-Vorgänger Van Staas politische Gefechte aus. Hoher Bekanntheitsgrad, klar strukturiertes Profil, eine Auseinandersetzung von hohem medialen Interesse, dazu die populär formulierte Kritik an der mäßigen Performance der Bundesregierung – Wahlkämpfe mit ähnlicher Strategie und ähnlichen Themen hat Dinkhauser schon in den Neunziger Jahren geführt und gewonnen, als er noch um sein Amt in der Tiroler AK ritterte. Seine politische Herkunft aus jener ÖVP, die er nun zum Hauptfeind erklärte, und der persönliche Konflikt mit dem regierenden Van Staa garantierten ununterbrochene mediale Präsenz und sorgten für die notwendige Aufmerksamkeit, genauso wie seine immer wieder wechselnden Andeutungen zu Koalitionsoptionen nach der Wahl.

Als durchaus gelungener Schachzug kann das Engagement seines langjährigen Mitstreiters und Transit-Mobilisierers Fritz Gurgiser gewertet werden. Der ehemalige Organisator von LKW-Blockaden, in seiner Persönlichkeitsstruktur Dinkhauser durchaus ähnlich, brachte Grün-Themen in die Programmatik der Gruppe ein und machte die „Liste Fritz“ auch für traditionelle Grün-Anhänger wählbar. Die beiden Rebellen deckten (nicht durch ausdiskutierte Inhalte, aber in der Positionierung und der Themensetzung) nahezu das gesamte politische Spektrum von bürgerlich über heimatverbunden bis zu sozial und grünbewegt ab und waren in der Lage, allen anderen Parteien Wähler abzuwerben. Wo im Wahlkampf über den Protest hinaus Themen zur Sprache kamen, dominierten regionale Anliegen wie die Rückgabe von Grund und Boden der Agrargemeinschaften an die Gemeinden. Ohne Rücksicht auf parteipolitische Interessen diente jedes Thema und jede Gelegenheit, den Kampf gegen den Machtmissbrauch für ein gerechtes Tirol mit der Botschaft „Weils jetzt reicht“ zu transportieren. Optisch

zeigte die Kampagne des ehemaligen schwarzen AK-Präsidenten eine rot-schwarze Balance auf weißem Untergrund.

3. Szenarien für Bund und Land

Gemessen an der Tatsache, dass in Tirol nicht ganz neun Prozent der gesamtösterreichischen Wahlberechtigten zur Urne gerufen waren (bei einer Wahlbeteiligung von 65 Prozent), sind die politischen Auswirkungen der Landtagswahl gewaltig, und einen Monat danach auch bereits in vollem Umfang zu ermessen: Ein personelles Erdbeben in der Tiroler ÖVP führt zur Ablöse des Parteichefs und Landeshauptmanns Herwig Van Staa, der durch Innenminister Günther Platter ersetzt wurde, was wiederum zu Veränderungen in der Regierungsmannschaft führte, die von vielen in der ÖVP als längst fällig angesehen wurden.

Noch dramatischer fiel die Reaktion in der SPÖ aus, wo aber paradoxerweise die Landespartei den Vorsitzenden Hannes Gschwentner bald nach der Niederlage in seiner Position bestätigte und zudem beschloss, die bisherige Koalition mit der ÖVP fortzusetzen – während in Wien das Gewitter des Unmuts über Kanzler und SP-Vorsitzenden Alfred Gusenbauer niederging. Das Wahldebakel in Tirol war keineswegs der Grund, aber der Auslöser für die „halbe Ablöse“ des SP-Spitzenmannes, der seine Funktion als Parteichef an Verkehrsminister Werner Faymann abtreten musste (formal ist Faymann bis zum Parteitag im Herbst nur „Geschäftsführender Vorsitzender“ – de facto ist die Ablöse aber vollzogen).

Welche weiteren Entwicklungen sind zu erwarten?

Wie schon am Beispiel SPÖ gezeigt, sind die Auswirkungen im Land Tirol selbst geringer als im Bund. Die ÖVP hat einen neuen Obmann, sie wird aber wieder den Landeshauptmann stellen und wie gewohnt weiter regieren, wobei sie mit der SPÖ einen geschwächten und bisher nicht allzu hart verhandelnden Koalitionspartner gefunden hat.

Die Grünen wurden geschwächt, zeigten sich ermattet und konnten von den Problemen der Bundesregierung ebenso wenig profitieren wie vom Unmut im

eigenen Land. Personelle Konsequenzen sind ausgeblieben, allerdings gab der Landesausschuss den Startschuss für eine „Erneuerung“ der Partei, was nach Grüner Tradition bedeutet, dass eine langwierige interne Diskussion über Themen, Schwerpunkte und politischen Stil bevorsteht.

Bei den Freiheitlichen muss ein Einmal-Effekt in Rechnung gezogen werden: Bei der Wahl 2003 hatten sich viele Anhänger wegen der Zerwürfnisse und schließlich Spaltung auf Bundesebene (Stichwort Knittelfeld) abgewandt – sie sind zurückgekehrt. Darüber hinaus liegen die Themen der FPÖ aber auch wieder im bundespolitischen Trend. Das Ausländer-Issue, das nach der EU-Erweiterung von 2002 bereits abgehakt schien, kehrt im neuen Gewand der Anti-Islam-Ängste mit großer Vehemenz zurück.

Vor diesem Hintergrund ist auch die Neubesetzung des Innenministeriums durch die ÖVP zu sehen. Der neuen Ministerin Maria Fekter wird die medial undankbare Rolle der Scharfmacherin zukommen, die den rechten Rand der Partei gegen die FPÖ abzusichern hat. Das ist einerseits eine politstrategisch wichtige Position, nicht zufällig war die erste große Konfrontation innerhalb der Regierung, noch vor der Krise durch den EU-Schwenk der SPÖ, ein Streit um das Integrationspaket: SPÖ und ÖVP sind offensichtlich beide entschlossen, aus jenen Bevölkerungsgruppen, wo Ängste vor Zuwanderung und vor dem Verlust des Vertrauten starke Motive darstellen, wenigstens keine Wähler zu verlieren. Zugleich aber lassen sich in der Rolle des Innenministers nur geringe Sympathien gewinnen – Scharfmacher werden vielleicht heimlich bewundert, aber selten geliebt, und dem gelegentlichen Applaus des Boulevards steht die harsche Kritik der übrigen Medien gegenüber. Auch deshalb hat die ÖVP für diese Position eine Frau gewählt, schließlich hat die Kombination aus Härte, die durch weibliches Auftreten gemildert wird, schon bei Liese Prokop ganz gut funktioniert.

Die SPÖ hat ihre Mannschaft für die Bundespolitik tiefgreifender umgestellt, die parteiinternen Probleme damit aber noch keineswegs bereinigt. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt herrscht nicht einmal Einigkeit darüber, ob die Lösung mit der „Doppelspitze“ – Parteichef Faymann, Kanzler Gusenbauer – eine kurzfristige Lösung bis zum Parteitag im Herbst sein soll, oder zumindest mittelfristig bis zum

Nationalratswahlkampf halten muss – wann immer der offizielle Startschuss für den nächsten Urnengang gegeben wird.

Für einen möglichen vorzeitigen Bruch der Koalition werden zwei Szenarien kolportiert:

- > Die SPÖ vollendet ihren begonnenen Personalwechsel, indem Alfred Gusenbauer als Kanzler zurücktritt und durch Werner Faymann abgelöst wird. Die ÖVP könnte diesen Anlass benutzen, um die Koalition aufzukündigen.
- > Die Verhandlungen über das Doppelbudget 2009/2010, die bereits auf September vorverlegt wurden, scheitern. Damit wäre dann zugleich ein Wahlkampfthema vorgegeben, nämlich „Sparen“ gegen „Soziale Entlastung“, oder auch „Entlastung des Mittelstandes“ gegen „Entlastung der Kleinverdiener“.

In beiden Fällen könnte noch 2008 gewählt werden. Strategisch ist in beiden Regierungsparteien noch nicht entschieden, ob vorzeitige Wahlen jeweils Vorteile bringen würden oder nicht. Der ÖVP könnte womöglich die Führungskrise der SPÖ nützen, ein allfälliger Spitzenkandidat Faymann hätte bei raschen Wahlen nur wenig Zeit, sich inhaltlich zu profilieren. Umgekehrt verweisen Teile der ÖVP darauf, dass Faymann derzeit über hohe Sympathiewerte verfügt, die vor allem auf sein zurückhaltendes Agieren zurückzuführen sind und meinen, dass der designierte SPÖ-Chef sein Standing bei der Boulevardpresse einbüßt, wenn er zwei Jahre lang gezwungen ist, die Politik der Koalition mitzuverantworten. Spiegelgleich gibt es auch in der SPÖ die Denkschulen „Rasch wählen und die Sympathiewerte Faymanns nutzen“ oder „Abwarten und Faymann Zeit zum Aufbau geben“.

Eine weitere bundespolitische Konsequenz der Tiroler Landtagswahlen wurde medial noch kaum thematisiert: Fritz Dinkhauser könnte auch österreichweit kandidieren. Thematisch würde er dabei ein Feld besetzen, das in anderen Ländern als „linkspopulistisch“ etikettiert wird (obwohl die Zuordnung „links“ bei Dinkhauser zunächst überraschend klingen mag). In Deutschland tummeln sich Politiker wie Oskar Lafontaine und Gregor Gysi in diesem Bereich. Gruppen dieses Zuschnitts vertreten konsequent Kleinverdiener und Modernisierungsverlierer, fordern höhere Pensionen und Sozialleistungen, bekämpfen Privatisierungen und die Liberalisierung der Wirtschaft, nehmen sich Konzerne, das Establishment und

(klarerweise) die EU zum Feindbild. Die Folge könnte sein, dass der Spielraum der beiden Großparteien SPÖ und ÖVP weiter verkleinert wird.

Auf demokratiepolitischer Ebene könnte das Auftauchen einer weiteren Partei die Debatte um das Mehrheitswahlrecht weiter anfachen – ein Parlament, das aus sechs Parteien besteht, von denen womöglich keine mehr als 30 Prozent der Stimmen errungen hat, würde die Regierungsbildung und das nachfolgende Regieren äußerst schwierig machen.

4. Ergebnisse aus Public Affairs-Sicht

Im Hinblick auf die Vertretung von Unternehmensinteressen sind ebenfalls die bundespolitischen Auswirkungen deutlich höher einzustufen als die Auswirkungen im Land Tirol selbst. Da die Umwälzungen auf Bundesebene nur indirekt Folgen der Landtagswahl sind, kann davon ausgegangen werden, dass die weitere Entwicklung im Land Tirol weitgehend unabhängig von der bundespolitischen Entwicklung verläuft.

Tiroler Verhältnisse

Vor allem sind in Tirol keine radikalen Änderungen in der täglichen Politik zu erwarten. Das politische Klima wird auch unter einem Landeshauptmann Platter grundsätzlich wirtschaftsfreundlich bleiben. Bei allem Fokus auf Tourismus ist auch die Bedeutung einzelner Regionen (wie etwa des Inntals) als Industriestandort unbestritten.

Änderungen sind hingegen bei den handelnden Personen auch in der zweiten und dritten Reihe zu erwarten. Der Wahlerfolg Dinkhausers hat für den Umgang mit der Tiroler ÖVP zwei langfristige Konsequenzen: Zum einen wurde parteiintern der Bauernbund geschwächt, der traditionell die Politik im Land dominierte. Künftig werden ÖAAB (die politische Heimat Platters) und Wirtschaftsbund öfter den Anspruch stellen, ihre Positionen durchzusetzen. Personell ist der Machtwechsel von den Bauern zu den beiden anderen Bündnen bereits erfolgt.

Zum anderen ging die absolute Mehrheit verloren, künftig regiert eine Koalition. Beide Veränderungen bedingen, dass die Zahl der Personen, die bei der Vertretung von politischen Anliegen eingebunden werden müssen, deutlich zugenommen hat. Während vor der Wahl eine sehr kleine Gruppe von Ansprechpartnern zur Abstimmung mit der Politik ausreichte, sind Public Affairs Vertreter künftig mit mehreren Gruppen und deren Vertretern konfrontiert. Stärker noch als bei anderen Wahlen müssen in diesem Fall deshalb die bestehenden Netzwerke überprüft und angepasst werden.

Als Minister setzte Günther Platter auf die Unterstützung durch einen sehr engen Beraterkreis, sodass davon auszugehen ist, dass sich das künftige Machtzentrum der Tiroler Politik im Büro des Landeshauptmanns befinden wird. Welche Rolle die Parteiorganisationen und die Landtagsklubs beider Regierungsparteien spielen werden, bleibt abzuwarten.

Public Affairs auf Bundesebene

Für die Public Affairs Arbeit auf Bundesebene lassen sich zwei Schlüsse ziehen:

- > Politische Entscheidungen sind schwieriger geworden, vor allem wird es deutlich schwieriger als bisher, beide Regierungsparteien gemeinsam für ein Anliegen an Bord zu holen.
- > Thematisch hat sich der Handlungsspielraum der Regierung eingeengt. Wer Themen anspricht, bei denen sich Profil gewinnen lässt (z.B. Klimaschutz), wird weiter offene Ohren finden, wogegen marginale oder gar kontroverielle Projekte liegen zu bleiben drohen.

Darüber hinaus muss jede Public Affairs Strategie davon ausgehen, dass die Wahrscheinlichkeit für baldige Neuwahlen weiterhin hoch liegt (siehe oben unter Punkt 3). Planungen müssen deshalb so angelegt werden, als befände sich das Land bereits kurz vor einem Wahlkampf – allerdings ohne die Gewissheit, dass die Phase der mangelnden Entscheidungsfähigkeit tatsächlich nach ein paar Monaten vorbei ist. Wichtige Anliegen können keinesfalls bis auf die „Zeit danach“ aufgeschoben werden, weil es nach wie vor denkbar ist, dass die Regierungsperiode noch länger dauert.

Themenkonjunktur

- > Die Tirolwahl hat rechts- und linkspopulistische Themen weit nach vorne auf der politischen Agenda platziert. Auf der rechten Seite ist es vor allem das Ausländer-, bzw. Anti-Islam-Thema, das seine Mobilisierungskraft voll entfaltet hat. Darunter könnten Unternehmen und Projekte leiden, die beispielsweise einen Bezug zur Türkei oder zu arabischen Ländern aufweisen. Ebenso dürfte aber auch die wirtschaftliche Öffnung zu Ländern wie Russland oder der Ukraine schwieriger werden, vor allem dann, wenn sie nicht unter dem patriotisch besetzten Motto „Österreich erobert den Osten“ stehen: Investitionen oder Ansiedlungen von Unternehmen aus diesen Ländern müssen damit rechnen, Ressentiments und offene Ablehnung vorzufinden.
- > Weiterhin verschlechtert haben sich die Chancen, dass die Zuwanderung von Spitzenkräften oder Wissenschaftlern erleichtert werden könnte, ebenso die Aussichten für ein Klima, das die Zuwanderung von Studenten oder begabten jungen Menschen fördert. Die negativen Auswirkungen dieser Entwicklung auf den Standort Österreich wurden bereits in der Vergangenheit immer wieder beklagt.
- > Der Populismus von links ist von wirtschaftsfeindlichen Tönen begleitet, wobei vor allem hohe Managergehälter, der „Ausverkauf ans Ausland“ und die Börse insgesamt als Feindbilder herhalten müssen. Um sich vor solchen Angriffen zu schützen, müssen Unternehmen verstärkt darauf achten, ihre Hausaufgaben im Bereich Corporate Governance zu erledigen. Rücksichtnahmen auf patriotische Motive, selbst wenn diese irrationaler Natur sein sollten, werden ebenfalls an Bedeutung gewinnen.
- > Abseits populistischer Forderungen gewinnen Themen des sozialen Ausgleichs und der sozialen Sicherheit an Bedeutung, wogegen die Issues „Wettbewerb“, „Liberalisierung“, „Marktwirtschaft“ in den Hintergrund rücken. Hier setzt sich ein langfristiger Trend fort, der im Zuge der Debatte um die Steuerreform politikwirksam werden könnte.